

## Bauern und SVP stellen Rhesi in Frage

Der österreichische Nationalrat hat das 2,1-Milliarden-Hochwasserprojekt einstimmig gutgeheissen. In Bern formiert sich Widerstand.

Marcel Elsener

Ohne eine einzige Gegenstimme hat der österreichische Nationalrat vor einer Woche den vierten Staatsvertrag und die Finanzierung des Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekts Rhesi im Rheintal gutgeheissen. «Damit ist der Weg für die Realisierung von Rhesi auf unserer Seite des Rheins frei», freute sich der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP). Sobald der Staatsvertrag auch von der Schweiz ratifiziert ist, könne das Projekt eingeleitet werden.

Wie wichtig die Hochwassersicherheit sei, hätten die letzten Wochen mit mehreren extremen Wetterereignissen wieder sehr deutlich gezeigt, betonte Wallner. So sei am bayrisch-vorarlbergischen Grenzfluss Leiblach jüngst ein über 300-jährliches Hochwasserereignis verzeichnet worden, wie es das Schutzprojekt auf der Rheinseite von der Illmündung bis zum Bodensee verhindern wolle. Nach 20-jähriger Planung steht das grenzüberschreitende 2,1-Milliarden-Franken-Projekt vor dem Auflageverfahren inklusive Umweltverträglichkeitsprüfung in beiden Ländern. Mit dem Start der 20 Jahre dauernden Bauarbeiten wird frühestens 2027 gerechnet.

### Widerstand der Schweizer Bauern noch immer gross

Auf Schweizer Seite dauert der politische Prozess länger: Das Bundesparlament entscheidet über Staatsvertrag und Bundesgesetz zur Finanzierung in der Herbst- respektive der Wintersession. Zwar konnten Gemeinden, Wasserwerke, Umweltverbände und andere Interessensgruppen in jahrelangen Verhandlungen mehr oder weniger vom Jahrhundertprojekt überzeugt werden, doch ist der Widerstand in Bauernkreisen noch immer gross.

Dies zeigte sich auch bei der Staatsvertragsunterzeichnung am 17. Mai in Widnau. Auf einem Hof beim Zollübergang, wo sich die Politiker aus Bern und Wien, St. Gallen und Brezgen zum feierlichen Akt trafen, protestierten Landwirte um SVP-Kantonsrat Peter Kuster: «Rhesi darf nicht gebaut werden», hiess es auf einem Plakat. «Rhesi – und die Sicherheit schwimmt davon». Zwar betonte Bundesrat Albert Rösti die Notwendigkeit eines besseren Hochwasserschutzes angesichts des Schadenpotenzials von bis zu 13 Milliarden Franken im Wohn- und Wirtschaftsraum mit über 300 000 Menschen. Er gehe davon aus, dass das Projekt im Bundesparlament unbestritten sei, auch wenn es Fragen zur Umsetzung gebe.

Die Erneuerung der hundert Jahre alten Dämme sei unerlässlich, sagte Rösti. Doch wies er auf den Wermutstropfen hin, dass die Vorländer als landwirtschaftliche Nutzflächen verloren gingen. Er hoffe auf Akzeptanz für das Projekt in der Landwirtschaft. Tatsächlich lehnen



Überflutete Vorländer: Der Rhein führt Hochwasser im Raum Widnau/Diepoldsau Ende August 2023.

Bild: Arthur Gamsa

nicht nur einzelne Bauern das Rhesi-Projekt in dieser Form ab, sondern ist auch ihr Verband «nach wie vor sehr kritisch», wie Mathias Rüesch, Geschäftsführer des St. Galler Bauernverbandes, bestätigt. Im Ende Mai abgeschlossenen Mitwirkungsverfahren habe der Verband seine Einwände eingebracht und diese auf politischer Ebene platziert. Die wichtigsten Kritikpunkte betreffen die Dimensionen des Projekts, die ökologische Ausweitung und das Schicksal der vom Landverlust betroffenen rund 20 Bauernfamilien.

Rhesi sei «völlig überdimensioniert», sagt der Bauernverbands-Geschäftsführer. Statt den Hochwasserschutz im Gerinne zu verbessern sei eine Aufweitung und Ökologisierung geplant, die «keinen Mehrwert» schaffe. «Die Bewirtschaftung der Grünflächen ist schlecht durchdacht», meint Rüesch. «Es entsteht ein Paradies für Neophyten und das Grünzeug muss in Kürze entsorgt werden, sei es als Abfall oder für Biogas.» Zudem lasse die Aufweitung befürchten, dass vermehrt Geschiebmaterial abgelagert werde und weit mehr Unterhalt benötigt werde, um für den Hochwasserfall gewappnet zu sein. Der Verband erwarte eine weiterhin mögliche Bewirtschaftung der Flächen, bis die Bagger auffahren.

### Urek des Nationalrats will kritische Fragen prüfen

Rhesi bläst in Bern demnach mehr Gegenwind entgegen als in Wien. Dies belegen die Signale aus der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek): Die Vorlage war dort Mitte Juni traktandiert, wurde nun aber auf die Sitzung Mitte August verschoben. Wegen einer «Reihe

von Fragen an die Verwaltung» und weil die Besprechung mehr Zeit verlange, wie Urek-Vizepräsident Nicolo Paganini erklärt. Die jüngsten Hochwasser zeigten, dass man das Thema ernst nehmen und das 20 Jahre geplante Projekt am Rhein vorantreiben müsse, meint der St. Galler Mitte-Politiker. Er werde sich dafür einsetzen, dass alle drei Teile der Vorlage durchgehen, also Staatsvertrag, Kostenteiler Bund/Kanton (80/20 Prozent) und weitere Finanzierung.

Auch seine St. Galler Kommissionskollegin Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP) verweist auf die Unwetter vom Juni, die «drastisch vor Augen führten, wie wichtig gut durchdachte Hochwasserschutzprojekte sind». Trotzdem dürfe ein jahrelang geplantes Projekt wie Rhesi hinterfragt werden, «aber bitte faktenbasiert und nicht wie im Wallis mit einem Gutachten von jemandem, der noch nie ein Hochwasserprojekt beurteilte». Vincenz-Stauffacher, die als Nachfolgerin von Albert Rösti den Schweizerischen Wasserwirtschaftsverband SWV präsidiert, unterstützt das Projekt am Rhein, betont aber, dass die Verantwortung offener Fragen «keine Alibiübung» sein dürfe

und allenfalls neue Aspekte eröffnen könne.

Die Urek-Mitglieder sind vom St. Galler Bauernverband zu einer Information vor Ort im Rheintal eingeladen worden. So verständlich der Unmut auf Bauernseite sei, so wenig lasse sich Rhesi mit der dritten Rhone-Korrektur vergleichen, die im Frühling von der Walliser Kantonsregierung auf Initiative von SVP-Umweltdirektor Franz Ruppen sisiert wurde. Abgesehen vom grenzüberschreitenden Charakter und Staatsvertrags, sind die Bauern im Rheintal anders als an der Rhone nicht Eigentümer, sondern Pächter des Rheinvorlandes, das dem Kanton oder Korporationen gehört. Und die St. Galler Kantonsregierung steht geschlossen hinter Rhesi, zumindest hat man nie etwas anderes gehört.

### SVP-Vertreter wollen Kosten und Umweltziele prüfen

Dass die Urek das Projekt noch einmal überprüft, geht auf einen Vorstoss aus ihren SVP-Reihen zurück. Der Thurgauer Nationalrat Manuel Strupler, selber Landwirt und Gartenbauunternehmer, will Kosten, Umweltziele, Gefahrenpotenzial und Verlust landwirtschaftlicher

Nutzflächen begründet wissen – ganz im Sinn des Bauernverbandes. Strupler hat auf unsere Anfragen nicht reagiert. Hingegen betont sein St. Galler Fraktionskollege Mike Egger, ebenfalls Urek-Mitglied, dass Fragen bei einem Projekt mit Kosten von über zwei Milliarden Franken, wovon die Hälfte zulasten der Schweizer Steuerzahler gingen, «erlaubt sein müssen».

«Selbstverständlich ist der geplante Hochwasserschutz extrem wichtig für uns Rheintaler», sagt Egger. «Trotzdem sollen wir als Urek-Mitglieder prüfen, ob das vorliegende Projekt den Schutz vor Hochwasser am unteren Alpenrhein am besten und effizientesten gewährleistet und der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln miteinzubeziehen». Nach Meinung Eggers ist zu prüfen, «ob es kostengünstigere Alternativen mit gleichem Wirkungsgrad bezüglich Hochwasserschutz in Kombination mit den landwirtschaftlichen Interessen gibt».

### «Es gilt keine Zeit zu verlieren»

Bei den Rhesi-Verantwortlichen der Internationalen Rheinregulierung verursachen die politischen Bedenken Stirnrunzeln – erst recht mit Blick auf die jüngsten Hochwasser. «Durch den Klimawandel werden Starkniederschlagsereignisse häufiger und leider sind immer wieder verschiedene Regionen schwer getroffen», sagt Markus Schatzmann, stellvertretender Rhesi-Projektleiter. «Ereignisse wie im Wallis oder im Tessin bringen einem wieder ins Bewusstsein, dass irgendwann auch das Rheintal von einem Grossereignis heimgesucht werden wird.» Deshalb gelte es «keine Zeit zu verlieren und das

Projekt Rhesi rasch umzusetzen». Gefordert sei nicht nur die Internationale Rheinregulierung, sondern auch die Behörden seitens Kanton St. Gallen, Land Vorarlberg, Bund und speziell das Schweizer Bundesparlament, das nach dem Nationalrat in Wien nun die wichtigste Instanz ist. Die Rhesi-Leitung hofft, im Herbst 2025 das Genehmigungsverfahren starten zu können.

### Totschnig vermittelt ansteckende Begeisterung

Wie aber lässt sich erklären, dass die Bauern in Österreich dem Projekt weniger ablehnend gesinnt sind als jene in der Schweiz? «Wir haben den Diskurs mit der Landwirtschaft auf beiden Seiten gleich intensiv erlebt», heisst es bei der Rhesi-Projektleitung. «Insgesamt hat die Landwirtschaft in der Schweiz jedoch eine stärker spürbare Lobby und ist politisch stärker vertreten.» Daher könne dieser Eindruck entstehen.

Darüber hinaus stellen Beobachter fest, dass die Vorarlberger Regierung unter Landeshauptmann Wallner seit Jahren offensiv über die Fortschritte des Projekts informiert und keine Gelegenheit auslässt, auf seine dringliche Umsetzung und den Hochwasserschutz zu pochen. Und der auf Bundesseite zuständige Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig (ÖVP), der den Staatsvertrag unterzeichnete, gilt als «Fan» von Rhesi. Immer wieder betonte er, dass es sich nicht nur um das grösste Hochwasserschutzprojekt Österreichs handelt, sondern auch um das «grösste Revitalisierungsprojekt Europas». Totschnig vermittelte dies «mit einer Begeisterung, welche sogar auch für die Bauern», meint ein Wasserbauexperte.



«Rhesi darf nicht gebaut werden»: Rheintaler Bauern protestieren im Mai gegen das Hochwasserprojekt. Bild: Michel Canonica